Senatorin für Finanzen

20. Juni 2017

office@finanzen.bremen.de

Vorlage für die Sitzung des Senats am 20. Juni 2017 „Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019“

„Revisionsergebnis (Ressourcen)“

A. Problem

Der Senat hat mit seinem Eckwertebeschluss vom 28. Februar 2017 die Ressorts gebeten, ihre Haushaltsvorentwürfe auf der Grundlage der produktplanbezogenen Eckwerte aufzustellen.

B. Lösung

Mit dem Eckwertebeschluss wurde die Senatorin für Finanzen gebeten, über die Prüfung der Voranschläge dem Senat zu berichten.

Nach Durchführung der Revision ergeben sich Veränderungen zum Eckwertebeschluss, die in der Anlage 1 dargestellt sind.

C. Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Auswirkungen auf das strukturelle Defizit der Haushalte sind in der Anlage 1 dargestellt.

E. Beteiligung und Abstimmung

Nach § 28 Landeshaushaltsordnung (LHO) prüft die Senatorin für Finanzen die Vorentwürfe der Ressorts und kann die Vorentwürfe nach Benehmen mit den beteiligten Stellen ändern.

Die Einwendungen der Ressorts wurden Ende Mai und Anfang dieses Jahres in Revisionsgesprächen auf der Ebene der Staatsräte mit den Ressorts erörtert. Zudem hat eine Haushaltsklausur der Staatsräte stattgefunden. Der Senat

hat die Revisionsauswertung in einer zweitägigen Klausurtagung beraten.

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet.

G. Beschluss

1. Der Senat beschließt entsprechend der Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 20.06.2017 die in der Anlage 1 dargestellten Eckwertveränderungen der Haushalte für die Jahre 2018 und 2019 einschließlich anzubringender Haushaltsvermerke.

2. Die Ressorts werden gebeten, ihre Haushaltsvoranschläge für die Jahre 2018 und 2019 entsprechend aufzustellen und nach Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen in die Deputationsberatungen einzubringen. Dazu werden die Ressorts gebeten, die notwendigen Änderungen ihrer Haushaltsvorentwürfe bis zum 23. Juni 2017 um 8.00 Uhr der Senatorin für Finanzen zu übermitteln.

3. Die Ressorts werden gebeten, in den Vorlagen an die Deputationen bzw. Fachausschüsse zu den Haushaltsvorentwürfen 2018/2019 darauf hinzuweisen, dass ausschließlich über die Budgets der Jahre 2018 und 2019 zu beraten ist und die im Produktgruppenhaushalt in den Jahren 2020 und 2021 ausgewiesenen Beträge noch einer Beratung im Senat bedürfen.

4. Der Senat bittet die Ressorts, die Angaben im Produktgruppenhaushalt 2018/2019 zu überprüfen bzw. zu ergänzen. Erforderliche Änderungen sind der Senatorin für Finanzen bis zum 30. Juni 2017 erfassungsgerecht mitzuteilen.

5. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, unter Berücksichtigung der vorgenannten Beschlüsse die Finanzplanung 2017-2021 einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung zu erstellen. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, die maßnahmenbezogene Investitionsplanung für die Jahre 2020 und 2021 im August 2017 vorzulegen.

6. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, dem Senat bis zum August 2017 die gesetzlichen Änderungen über die Anpassung der Gewerbesteuerhebesätze befristet für 2018 und 2019 sowie der City-Tax entsprechend der Anlage 1 zur Weiterleitung an die Bürgerschaft vorzulegen.

7. Die Senatorin für Kinder und Bildung wird gemeinsam mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sowie dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen gebeten, in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen zu prüfen bis zu welcher Höhe Städtebauförderungsmittel und europäischen Strukturfondsmittel derzeit und in der Zukunft für die Errichtung und Sanierung von Bildungseinrichtungen genutzt werden können, um auch die gestiegenen Bundesmittel vollständig zu binden. Über das Ergebnis der Prüfung soll dem Senat im August 2017 berichtet werden.

8. Die erwarteten Mehreinnahmen bei den Unternehmensgeldbußen bzw. der Gewinnabschöpfung werden für das Jahr 2018 im zentralen Produktplan 92 (Allgemeine Finanzen) eingeplant und die diesbezüglichen Mehreinnahmen des Produktplans 11 (Justiz) dienen zur Realisierung des Einnahmeanschlags bei den Unternehmensgeldbußen bzw. der Gewinnabschöpfung bzw. zur Entlastung des Gesamthaushalts.

9. In den Jahren 2018 und 2019 werden Beiträge von Sondervermögen in Höhe von 50 Mio. € p.a. in den Haushalten der Stadtgemeinde Bremen eingeplant. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr sowie die Senatorin für Finanzen (SVIT) werden gebeten, in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen und der Senatskanzlei die konkreten Beträge haushaltsstellengerecht mitzuteilen. In den Haushaltsvoranschlägen 2018 und 2019 werden die Zuführungen zu den Sondervermögen mittels Haushaltsvermerken gesperrt. Die Sperren sollen im Haushaltsentwurf 2018 und 2019 aufgelöst sein. Der Senat wird die notwendige Rückführung der abgelieferten Beträge in den Folgejahren ab 2020 bedarfsgerecht bereitstellen. Die Ressorts mit Sondervermögen werden gemeinsam mit der Senatorin für Finanzen und der Senatskanzlei ein Regelwerk über die Grundsätze dieser Liquiditätssteuerung erarbeiten und im August 2017 dem Senat zur Entscheidung vorlegen.

10. Der Senat beschließt, zukünftig das Personal der Hafenbehörde aus Einnahmen (Hafengebühren) zu refinanzieren. Die freiwerdenden Personalanschläge werden zur Lösung von Personalmehrbedarfen einzelner Ressorts verwendet.

11. Der Senat beschließt die Entnahme von Vorjahreskapitalerträgen aus der Anstalt für Versorgungsvorsorge in Höhe von 9,26 Mio. € für das Land Bremen und 28,94 Mio. € für die Stadtgemeinde Bremen. Die Mittel sollen zweckgebunden zur Refinanzierung von Versorgungsausgaben in den Jahren 2018 und 2019 eingesetzt und entsprechend hälftig auf beide Jahre verteilt entnommen werden.

12. Der Senat nimmt die angemeldeten Maßnahmen der Handlungskonzepte „Frühkindliche Bildung und Schule“ (Anlage 2) sowie „Sichere und Saubere Stadt“, „Digitalisierung“ und „Bürgerservice“ (Anlage 3) zur Kenntnis.

13. Der Senator für Inneres, der Senator der Justiz und Verfassung, der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sowie der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen werden gemeinsam gebeten in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen und der Senatskanzlei auf Grundlage des von ihnen vorgelegten Entwurfs des Handlungskonzepts „Sichere und Saubere Stadt“ eine Priorisierung der in Anlage 3 aufgeführten Maßnahmen im Rahmen eines Mittelvolumens von bis zu 15 Mio. € p.a. (10 Mio. € im Haushalt des Landes und 5 Mio. € im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen) vorzunehmen und darüber dem Senat bis Anfang August 2017 zu berichten. In diesem Rahmen ist ein Mittelvolumen von 3,5 Mio. € p.a. für Beschäftigungsmaßnahmen (LAZLO II) in den benannten Themenfeldern Sichere und Saubere Stadt einzusetzen.

14. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten in Abstimmung mit den Ressorts und der Senatskanzlei auf Grundlage der Entwürfe der Handlungskonzepte „Digitalisierung“ und „Bürgerservice“ eine Priorisierung der in Anlage 3 aufgeführten Maßnahmen im Rahmen eines Mittelvolumens von bis zu 20 Mio. € p.a. (jeweils 10 Mio. € im Haushalt des Landes und im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen) vorzunehmen und darüber dem Senat bis Anfang August 2017 zu berichten.

15. Zur Umsetzung der Handlungskonzepte werden die Staatsrätelenkungsrunden „Sichere und Saubere Stadt“ (Vorsitz: Inneres) sowie „Digitalisierung und Bürgerservice“ (Vorsitz: Finanzen) eingerichtet. Diese bewerten die von den Ressorts der Senatorin für Finanzen vorzulegenden konkreten Maßnahmenplanungen. Über die Freigabe der Verstärkungsmittel für die einzelnen Maßnahmen entscheidet der Senat anschließend auf Grundlage von Vorlagen der Senatorin für Finanzen.

16. Die für die Handlungsfelder „Sichere und Saubere Stadt“, „Digitalisierung“ und „Bürgerservice“ vorgesehenen Verstärkungsmittel mit einem Mittelvolumen von 35 Mio. € in 2018 und 2019 sollen jeweils global – getrennt im Landes- und städtischen Haushalt – im Produktplan 92 veranschlagt und mit einer Sperre versehen werden.
17. Die Mittel für das Handlungskonzept „Frühkindliche Bildung und Schule“ bleiben bis zur Vorlage des Rahmenbildungsplans „Bildung und Erziehung (0-10 Jahre)“ im Haushaltsvorentwurf gesperrt.

18. Der Senat nimmt den in Anlage 4 beigefügten geänderten Terminplan für das weitere Aufstellungsverfahren 2018/2019 zur Kenntnis.

19. Der Senator für Inneres wird gebeten, in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen ein Beschaffungskonzept für Feuerwehrfahrzeug 2018-2021 auf Basis des Brandschutzbedarfsplans vorzulegen. Die veranschlagten Fahrzeugbeschaffungsmittel bleiben bis dahin gesperrt.

20. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport wird gebeten, gemeinsam mit dem Senator für Inneres und in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen und Senatskanzlei bis zum August 2017 dem Senat eine aktualisierte Flüchtlingsprognose vorzulegen.

21. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wird gebeten, in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen dem Senat bis zum August 2017 zum Prostituiertenschutzgesetz ein Umsetzungskonzept auf Basis einer Personalausstattung von sieben Vollzeitäquivalenten vorzulegen und im Sommer 2018 über eine entsprechende Evaluation zu berichten.

ANLAGE 1

Stand: 20.06.2017, 12:00 Uhr

Land

Eckwertanpassungen			2018	2019	
PPL	Nr. der Revisionsliste	Maßnahme	+ = Verbesserung / - = Verschlechterung Mio. €		Anmerkung
93	-	Streichung der noch nicht verteilten Investitionsmittel	7,4	6,8	
93	-	Globale Mehreinnahme aufgrund zu erwartendem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2018	-	25,0	
93	-	Anhebung der Gewerbesteuerumlage aufgrund der Anpassung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer der Stadt	1,3	1,4	in Abhängigkeit von städtischer Gesetzesänderung
92	-	Veranschlagung einer globalen (konsumtiven) Minderausgabe	20,0	20,0	
92	-	Entnahme der Vorjahreserträge aus der Anstalt für Versorgungsvorsorge (AVV)	4,6	4,6	ohne gesetzliche Änderung möglich
92	-	Unternehmensgeldbußen / Gewinnabschöpfung (zentrale Buchung)	30,0	-	* HV anbringen: "Die Ermächtigungen nach § 5 des Haushaltsgesetzes gelten nicht für diesen Titel. Über die Verwendung etwaiger Mehreinnahmen zugunsten des Gesamthaushalts entscheidet der Senat unter Beachtung notwendiger weiterer Gremienbefassungen." * FBZ 111 / FKZ 051
11	-	Verwendung von Mehreinnahmen im Haushaltsvollzug			
07	32a und b	Zensus	-0,4	-0,5	kons. Ausgaben iHv. 0,5 Mio.€ in 2020 und 4,2 Mio. € in 2021
11	1, 2 und 3	saldenneutrale Lösung Projekt ejustice, FGU	0,0	0,0	
11	9	JVA Sanierung	-0,6	-1,9	
21	-	Anhebung des Gastschulgeldes	0,0	1,8	
21	3b	Umsetzung Zuweisungsrichtlinie	-2,5	-2,5	
21	12	Konzept frühkindliche Bildung	-2,7	-3,0	ohne Fortbildung Nr. 12g; Sperrvermerk anbringen: "... entscheidet der Senat nach Vorlage eines Rahmenbildungsplans "Bildung und Erziehung" (0 - 10 Jahre)"
24	1 - 5	Exzellenz, Bund-Länder-Progr. DSM, techn. Korrektur	-3,5	-8,7	
24	6	Aufbau Studiengang "Inklusive Pädagogik"	-0,2	-0,5	1/2 der geforderten Beträge; Rest PPL-intern
31	3	OEG, KOF	-2,0	-2,0	
41	4	Flüchtlinge, davon: ** Ressortforderung gem. Liste Nr. 4* ** Reduzierung aufgrund neuer Kalkulation* ** Reduzierung aufgrund verbliebener KdU-Effekte*	(-0,7) *-6,4* *5,7* *(0,8)*	(-32,3) *-36,3* *4,0* *(4,6)*	Einzelwerte siehe "davon" *Asyl und umA* *saldenneutral, da Weiterleitung an die Stadtg. Bremen*
51	3	Schulgeldfreiheit Gesundheitsfachberufe	-0,1	-0,6	
51	5a und b	Frühintervention Drogen	-0,1	-0,1	
51	6	LUA/LMTVet	-0,2	-0,2	
51	7	Gesundheitskompetenz	-0,2	-0,2	
51	15	TPM Krankenhausabtlg.	(-0,4)	(-0,4)	6,5 Stellen (neutral durch Hafenamt-Refi)
68	6	Brückenprüfung	-0,9	-0,9	
68	8	Cherbourger Str.	-1,4	-2,6	
71	3b, 5, 6, 13, 15, 16, 17 und 20	Landesanteil der Maßnahmen	(-2,3)	(-2,3)	Beträge ohne Stellen; haushaltsneutral durch SV (Rückführung bedarfsgerecht ab 2020)
71	21, 22 und 24	zSKS, ZEBRA	(-0,3)	(-0,3)	4 Stellen + 1 für Häfen (neutral durch Hafenamt-Refi)
81	1 - 4, 8, 9, 11-27, 29, 30, 34, 39	Landesanteil der Maßnahmen	(-4,7)	(-7,2)	haushaltsneutral durch Ablieferung vom SV Fischereihafen; bedarfsgerechte Rückführung ab 2020
03	1	Erhöhung Landesleistung an jüdische Gemeinde	-0,1	-0,1	
92	-	Aufstockung der global veranschlagten Verstärkungsmittel (Handlungsfelder)	-15,0	-15,0	Sperrvermerk anbringen: "… bis zur Vorlage konkreter antragsbegründender Unterlagen"
24	-	Forderungen Fortführung der Maßnahmen des 3. Sofortprogramms / Integrationsbudgets (soweit nicht bei den Handlungsfeldern angemeldet)	-0,8	-0,8	
41	-	Forderungen Fortführung der Maßnahmen des 3. Sofortprogramms / Integrationsbudgets (soweit nicht bei den Handlungsfeldern angemeldet)	-0,3	-0,3	
51	-	Forderungen Fortführung der Maßnahmen des 3. Sofortprogramms / Integrationsbudgets (soweit nicht bei den Handlungsfeldern angemeldet)	-0,1	-0,1	
INSGESAMT			**31,7**	**-12,5**	

HANDLUNGSBEDARF FINANZRAHMEN	**-6,0**	**36,0**	

ERGEBNIS	**25,7**	**23,5**	

Stand: 20.06.2017, 12:00 Uhr

Stadtgemeinde

Eckwertanpassungen			2018	2019	
PPL	Nr. der Revisionsliste	Maßnahme	+ = Verbesserung / - = Verschlechterung Mio. €		Anmerkung
93	-	Streichung der noch nicht verteilten Investitionsmittel	0,4	24,5	
68 81 81 71 97	-	Ablieferung aus den SV * SV Infrastruktur * SV Hafen * SV Überseestadt * SV Gewerbeflächen * SV Immobilien und Technik	50,0	50,0	Bedarfsbezogen möglichst größer 50 Mio. als Handlungsspielraum aus den SV. Wie ist offen. Konkretisierung bis zur Vorlage des Haushaltsentwurfs notwendig. Maßnahmenbezogene Planung soll nicht reduziert werden. Verfahren zur fairen Rückführung
93	-	Globale Mehreinnahme aufgrund zu erwartendem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2018	-	25,0	
93	-	Erhöhung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer von 460 auf 470 Punkte	9,4	9,9	in Abhängigkeit von städtischer Gesetzesänderung
93	-	Anhebung der Citytax	1,5	3,0	Gesetzesänderung erforderlich
92	-	Entnahme der Vorjahreserträge aus der Anstalt für Versorgungsvorsorge (AVV)	14,5	14,5	ohne gesetzliche Änderung möglich
92	-	Veranschlagung (zentraler) globaler investiver Minderausgaben	10,0	10,0	HV anbringen: Die Auflösung der Minderausgaben ist außerhalb der investiven Zuweisungen/Zuschüsse an Sondervermögen zu realisieren.
92	-	Einnahmen aus Beteiligungen bzw. geringere Zuweisung Verlustausgleich der BVG (BSAG)	17,5	10,6	
07	20	Fuhrpark Feuerwehr	-0,8	-0,9	Sperrvermerk anbringen: "... bis zur Vorlage eines Beschaffungskonzepts für Feuerwehrfahrzeuge 2018-2021 auf Basis Brandschutzbedarfsplan"
07	22	Feuerwache Nordost	-0,5	-2,5	in 2020 2,5 Mio. €; Sperrvermerk anbringen: "... entscheidet der Senat nach Vorlage der Planungsunterlagen (ES-Bau)"
07	23	Gerätehaus FF Farge	-0,7	-1,4	
12	1, 2 und tw. 3	Ansatz für Bäder bzw. Planung Sporthallen in 2019 0,05 Mio. €	-2,1	-5,1	
21	3a	Umsetzung Zuweisungsrichtlinie	-3,3	-3,3	
21	4a	Kindertagesbetreuung (21.Kind, Erhöhung Gruppenzahl)	-4,9	-4,9	über 3,4 Mio. € Sperrvermerk anbringen!
21	4b	Kindertagespflege	(-0,8)	(-0,8)	saldenneutrale Finanzierung durch zusätzliche Einnahmen im KiTa-Bereich
21	5, 6	Fortführung Master Inklusion, Fortsetzung Schwerpunktmittel	-2,2	-2,2	
21	9	Schulbauten (ohne KInvFG II)	-11,3	-11,1	Prüfauftrag an SKB+ SUBV + SWAH: Finanzierung aus Städtebauförderungsmitteln/EFRE
21	9	Schulbauten (KInvFG II)	(-8,3)	(-15,2)	Mittel bereits im Finanzrahmen; im SVIT freiwerdende Mittel iHv. 6,8 Mio.€ bereits abgesetzt
21	10a, 10b, 11	KiTa-Ausbau / Vorkurse	-12,5	-21,4	
21	12	Konzept frühkindliche Bildung	-3,0	-6,1	
22	2	Brandschutzmaßnahmen Theater	-0,3	-0,4	Sperrvermerk anbringen!
41	2	Personalforderungen (insb. UVG)			37 Stellen (neutral durch Hafenamt-Refi)
41	4	Flüchtlinge (Sozialleistungen, Unterbringung), davon: ** Ressortforderung gem. Liste Nr. 4* ** Reduzierung aufgrund neuer Kalkulation* ** Reduzierung aufgrund verbliebener KdU-Effekte*	(-6,7) *-15,2* *7,7* *0,8*	(-29,5) *-55,1* *21,0* *4,6*	Einzelwerte siehe "davon" *Asyl und umA*
41	6d	Unterhaltung/Sanierung von Spielplätzen	-1,0	-1,0	
41	7d	Kommunaler Finanzierungsanteil Jobcenter	-0,7	-0,7	
68	13	Neubeschaffung Straßenbahnen	-0,9	-1,4	
68	30	Soziale Stadt	-0,4	0,0	
71	3b, 5, 6, 13, 15, 16, 17 und 20	städtischer Anteil an den Maßnahmen	(-4,9)	(-8,7)	Beträge ohne Stellen; haushaltsneutral durch SV (Rückführung bedarfsgerecht ab 2020)
81	1 - 4, 8, 9, 11-27, 29, 30, 34, 39	städtischer Anteil an den Maßnahmen	(-13,8)	(-12,8)	haushaltsneutral durch Abliefeferung von SV; bedarfsgerechte Rückführung ab 2020
03	2	Mietzahlungen	-0,1	-0,1	
92	-	Haushaltsvermerk bei den veranschlagten Verstärkungsmitteln (Handlungsfelder) anbringen	-	-	Sperrvermerk anbringen: "... bis zur Vorlage konkreter antragsbegründender Unterlagen"
07	-	Forderungen Fortführung der Maßnahmen des 3. Sofortprogramms / Integrationsbudgets (soweit nicht bei den Handlungsfeldern angemeldet)	-0,2	-0,2	
41	-	Forderungen Fortführung der Maßnahmen des 3. Sofortprogramms / Integrationsbudgets (soweit nicht bei den Handlungsfeldern angemeldet)	-4,5	-4,4	
51	-	Forderungen Fortführung der Maßnahmen des 3. Sofortprogramms / Integrationsbudgets (soweit nicht bei den Handlungsfeldern angemeldet)	-0,3	-0,3	
21	-	zusätzliche Einnahmen im KiTa-Bereich	(1,8)	(2,7)	zur Finanzierung der Kindertagespflege und der Schulsozialarbeit
21	7	Assistenzprogramm (Teilfinanzierung)	(1,0)	(1,9)	saldenneutrale Finanzierung durch zusätzliche Einnahmen im KiTa-Bereich
68	16	Erhaltung von Brücken, Verkehrssicherheit	-1,1	-1,0	
INSGESAMT			**46,0**	**50,0**	
HANDLUNGSBEDARF FINANZRAHMEN			**-46,0**	**-50,0**	
ERGEBNIS			**0,0**	**0,0**	

21 Kinder und Bildung

ANLAGE 2

Geplante Mittel für das Konzept "Frühkindliche Bildung und Schule"

lfd. Nr.	Aufgabenbereich/ Sachverhalt/ Tatbestand	L/S	Aggregat (KE,IE,Verk1E …; PA,KA,IA,Verk1A …; oder E/A-Saldo)	2018 Ressort-forderung - = Verschlecht. + = Verbess.	2019 Ressort-forderung - = Verschlecht. + = Verbess.
1.	Entlastungsstunden (Schule)	L	PA	1.103	1.103
2.	Förderdiagnostik	L	PA	113	270
3.	Schulsozialarbeit	S	PA	528	528
4.	Neue Schwerpunkteinrichtungen (Kita)	S	KA	380	760
5.	Quereinstieg Schule	S	KA	350	700
6.	SprachexpertInnen Kitas	S	KA	256	615
7.	Lernstandserhebung Klasse 5 – Material	L	KA	150	250
8.	W+E Sachmittel (Schule), 5.000 € SUS	S	KA	250	250
9.	Elternbildung	L	KA	90	90
10.	Fachkräftesicherung Kita	S	KA	1.032	2.543
11.	Unterstützende Pädagogik	L	PA	1.100	1.100
12.	Begabungsförderung	L	PA	180	180
13.	Grundschulen zu Ganztagsschulen ausbauen	S	KA	240	731
	Zwischensumme	**L**		**2.736**	**2.993**
	Zwischensumme	**S**		**3.036**	**6.127**
	INSGESAMT			**5.772**	**9.121**

ANLAGE 3

Handlungsfeld Sichere und Saubere Stadt, Teilbereiche Justiz und Verfassung, Inneres und Bau, Umwelt und Verkehr

Stand: 29.05.2017

Kurze stichwortartige Beschreibung der ressortübergreifenden Zielgrößen für die künftige Aufgabenwahrnehmung:

Sichere Stadt
Das vorgelegte Sicherheitskonzept gliedert sich in drei Teilbereiche. Im ersten Teil geht es um die Reaktion auf die zunehmende Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Grundlage hierfür ist der gemeinsame Vorschlag des Innen- und des Justizsenators vom Jahresanfang. Der zweite Teil beschreibt, wie mit dem neugegründeten Ordnungsamt auf Ordnungsverstöße reagiert werden soll. Dabei gibt es zwei Schwerpunkte. Zum einen soll insbesondere durch den Aufbau eines kommunalen Ordnungsdienstes die Möglichkeit geschaffen werden, auf Rechtsverstöße und Unordnungserscheinungen konsequenter zu reagieren und sie zu ahnden. Dadurch soll vor allem das Rechtsempfinden und Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gestärkt werden. Im zweiten Schwerpunkt wird das überarbeitete Waffenkontrollkonzept beschrieben. Mit ihm soll das Ordnungsamt den bisherigen Weg der strikten Kontrolle der Zuverlässigkeit von Waffenbesitzern und der regelmäßigen Überprüfung sicheren Aufbewahrung der Waffen fortgesetzt werden.
Mit der verstärkten Rückführung von straffällig gewordenen ausländischen Staatsangehörigen befasst sich der dritte Teil. Ziel ist die konsequente und zügige Abschiebung von ausländischen Straftätern. Daneben haben sich aus der Vereinbarung der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin noch neue Aufgaben für die Ausländerbehörden ergeben.

Saubere Stadt
Möglichst nachhaltig wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtsauberkeit, die öffentlich wahrgenommen werden.
Durchgängigkeit des städtischen Handelns vom Angebot (z.B. zusätzliche Papierkörbe) über Aufklärung bis zur Restriktion.
Dauerhaft finanzielle Absicherung einer bedarfsgerechten Leistungserbringung der Stadtreinigung.

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	**Ziel**	Kennzahl	ttelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Zielerreichung	Liegt vor?	Wirtschaftlich?
1.	Bürgerinnen und Bürger, die sich auf öffentlichen Plätzen befinden und Straftäter auf öffentlichen Plätzen in Bremen	Verbesserte Aufklärung von Straftaten und Erhöhung des Sicherheitsgefühls auf öffentlichen Plätzen	- Anzahl Straftaten auf öffentlichen Plätzen - Aufklärungsquote von Staftaten auf öffentlichen Plätzen	Videoüberwachung besonderer Gefahrenorte, hochfrequentierter öffentlicher Plätze u. Verkehrsknotenpunkte	- Anzahl der Standorte/Gefahrenorte mit Videüberwachung	Verbesserung der Videotechnik und Ausweitung von bis zu 5 Standorten, Rund-um-die-Uhr-Überwachung der Videobilder, Prüfung des Einbezugs bestehender Kameras der öffentlichen Gebäude	- Installation neuer Videotechnik bis zum … - Anzahl einbezogener bestehender Kameras an öffentlichen Gebäuden - Beginn der 24 Std.-Überwachung der Videobilder	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	SI	ja	für Personal, Beschaffung: 9 Monate nach Freigabe	nein, wird noch erstellt	ja
2.	Gefährder *(Personen, bei denen die Annahme gerechtfertigt ist, dass sie Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen werden)* und relevante Personen (*nehmen innerhalb des extremistischen/terroristischen Spektrums die Rolle der Unterstützung bzw. Führung eines Gefährders ein*) in Bremen	Verbesserte Aufklärung von Straftaten und verbesserte Abwehr von Gefahren bei Gefährdern und relevanten Personen.	*wg. Geheimhaltungspflicht keine Kennzahl zu Aufklärung und Gefahrenabwehr möglich*	Einführung der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) von Gefährdern und anderen relevanten Personen durch die Polizei als Standardmaßnahme auch ohne Strafverfolgung und der Einsatz von Fußfesseln bei Gefährdern nach Haftentlassung	- Anz. der beantragten / durchgeführten TKÜ bei Gefährdern u. relevanten Personen - Anz. von Gefährdern mit Fußfesseln	Änderung des Bremischen Polizeigesetzes. Durchführung der Überwachungsmaßnahmen (TKÜ und Fussfessel) durch Niedersachsen bzw. Hessen. Beantragung, Auswertung, Kontrolle und Folgemaßnahmen durch Polizei Bremen.	- Geplantes Inkrafttreten der Polizeigesetzänderung - Geplanter Zeitpunkt der Vereinbarung mit Nds. bzw. Hessen - Geplanter Beginn der technischen Überwachungsmaßnahmen	Ausg.Pers Ausg.Konsu	Si	ja	für Personal, Gesetzesänderung, Verfahrensfestlegung: 9 Monate nach Freigabe	nein, wird noch erstellt	ja
3.	Polizistinnen und Polizisten auf Streifenwagen in Bremen	Verbesserter Schutz von Einsatzkräften auf Streifenwagen, die als erste bei Auseinandersetzungen mit bewaffneten Attentätern am Einsatzort eintreffen.	./.	Ausrüstung von Streifenwagenbesatzungen mit spezieller Schutzausstattung für terroristische Angriffe	- Ausstattungsgrad der Streifenwagen mit spezieller Schutzausstattung	Anschaffung von verbesserter Schutzausstattung (Schutzwesten und sonstige Ausstattung) bei der Polizei Bremen	- Menge der angeschafften Schutzwesten - Menge der angeschafften sonstigen Ausrüstungsgegen-stände	Ausg.Inves	Si	ja	Beschaffung 6 Monate nach Freigabe	nein, wird noch erstellt	ja
4.	Zielgruppen der Maßnahmen 1. - 3. in Bremerhaven	Ergebnisse / Wirkungen der Maßnahmen 1. - 3. in Bremerhaven	Kennzahlen der Maßnahmen 1. - 3. für Brhv.	Programme / Produkte der Maßnahmen 1. - 3. in Bremerhaven	Kennzahlen der Maßnahmen 1. - 3. für Brhv.	Organisation / Prozesse der Maßnahmen 1. - 3. in Bremerhaven	Kennzahlen der Maßnahmen 1. - 3. für Brhv.	Ausg.Konsu (Personalkostenerstattung) Ausg.Inves	Si	ja	Wie Maßnahme 1. - 3., für Brhv.	nein, wird noch erstellt	ja

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	**Ziel**	Kennzahl	ttelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Zielerreichung	Liegt vor?	Wirtschaftlich?
5.	Gefährder und relevante Personen	Verbesserte Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes	*wg. Geheimhaltungspflicht keine Kennzahl zu Gefahrenabwehr möglich*	Ausweitung von Observationen und Ausweitung der Überwachung von Telekommunikation und Post (G-10-Maßnahmen) von potentiellen Gefährdern durch das Landesamt für Verfassungsschutz	*wg. Geheimhaltungspflicht keine Kennzahl zu Observation und G-10-Maßnahmen möglich*	Personalverstärkung in den Bereichen Observation und G10-Maßnahmen des Landesamtes für Verfassungsschutz	- Beginn der zusätzlichen Observationen und G-10-Maßnahmen	Ausg.Pers Ausg.Konsu	SI	ja	für Personal: 9 Monate nach Freigabe	nein, wird noch erstellt	ja
6.	Organisationen und Einzelpersonen des Salafismus und Islamismus	Möglichst erfolgreiches Agieren gegen den internationalen Terrorismus	./.	Wissenschaftliche Untersuchung Salafismus, Islamismus und Terrorismus, Entwicklung von Bekämpfungskonzepten, Evaluation der Arbeit der Sicherheitsbehörden, Vergleich mit Reaktionen in anderen Ländern, Bewertung der Wirkung der weltweiten Situation auf die Lageentwicklung vor Ort, Beratung, Präventionsangebote entwickeln	- Anzahl der wissenschaftlichen Untersuchungen und Konzepten - Anzahl der Präventionsangebote - Anzahl der Beratungen	Bildung eines Expertenzentrums beim Senator für Inneres	- Einsatzbeginn des Expertenzentrums	Ausg.Pers Ausg.Konsu	SI	ja	für Personal: 9 Monate nach Freigabe	nein, wird noch erstellt	ja
7.	Politisch und administrativ verantwortliche Entscheidungsträger in einer Krisenlage	Erhalt der uneingeschränkte Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden und politisch verantwortlichen Entscheidungsträger im Falle einer Großschadenslage, eines terroristischen Angriffs	./.	Ressortübergreifende politische Steuerung und administrative Verantwortung eines Krisenstabes für die gefahrenabwehrenden Maßnahmen im Falle einer Krisenlage	./.	Schaffung der räumlichen und technischen Voraussetzungen (z.B. Videokonferenzmöglichkeiten, Ertüchtigung der Geschäftsstellen) eines Stabslagezentrum für einen Krisenstab beim Senator für Inneres	- Herstellungs-zeitpunkt der räumlichen und technischen Ausstattung	Ausg.Inves	SI	ja		nein, wird noch erstellt	ja
8.	Bürgerinnen und Bürger	Stärkung des Rechtsempfindens und Sicherheitsgefühls der Bevölkerung durch konsequente Reaktion und Ahndung von Rechtsverstößen und Unordnungserscheinungen	- Reduktion der Anzahl von Beschwerden	Durchführung von Kontrollen in den Bereichen Jugendschutz, Gewerbeüberwachung, Spielhallen sowie bei Bürgerbeschwerden über Lärm, Behinderungen, Verschmutzungen.	- Anzahl von Kontrollen	Aufbau eines städtischen Ordnungsdienstes	- Einsatzbeginn des Ordnungsdienstes	Ausg.Pers Ausg.Konsu	SI	ja	für Personal: 9 Monate nach Freigabe	nein, wird noch erstellt	ja
9.	Waffenbesitzerinnen und Waffenbesitzer, Gefährdergruppen	Gewährleistung der sicheren Aufbewahrung von Waffen und Reduzierung der Zahl der Waffen auf das mögliche Minimum, Überwachung von Gefährdergruppen auf legalen Waffenbesitz	- Anzahl legaler Waffen	Regelmäßige Kontrolle der sicheren Aufbewahrung von Waffen, Regelüberprüfung der Zuverlässigkeit von Waffenbesitzern	- Anzahl der Kontrollen zur sicheren Aufbewahrung der Waffen - Anzahl Zuverlässigkeitsüberprüfung Waffenbesitzer	Neustrukturierung des Aufgabengebietes Waffenkontrollen Nachbesetzung vakannter Stellen, personelle Aufstockung des Außendienstes, Schaffung einer Schnittstelle "Prävention und Gefährder"	- Einsatzbeginn des neustrukturierten Aufgabengebites Waffenkontrollen	Ausg.Pers Ausg.Konsu	SI	ja	für Personal: 9 Monate nach Freigabe	nein, wird noch erstellt	ja
10.	Straffällig gewordene ausländische Staatsangehörige	Schutz der in Deutschland lebenden Menschen	./.	Verstärkte Rückführung straffällig gewordener ausländischer Staatsangehöriger	- Anzahl Rückführungen straffällig gewordener Ausländer	Einrichtung einer Task Force mit Bündelung der Kompetenzen von Migrationsamt u. Polizei, Beteiligung am Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr (ZUR)	- Einsatzbeginn der Task-Force - Anzahl entsendete Personen für das ZUR	Ausg.Pers Ausg.Konsu	SI	ja	für Personal: 9 Monate nach Freigabe	nein, wird noch erstellt	ja

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	**Ziel**	Kennzahl	ttelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Zielerreichung	Liegt vor?	Wirtschaftlich?
11.	Junge Menschen, die bereits mit Propaganda des IS oder ähnlicher Organisationen in Berührung gekommen sind, bei denen Radikalisierungstendenzen ersichtlich sind	Verhinderung des Nachwuchses für Terrororganisationen	./.	Präventionsarbeit im Zusammenhang mit religiösem Extremismus	- Anzahl Beratungen - Anzahl Vorträge - Anzahl Teilnehmer Vorträge - Anzahl der gesteuerten und vernetzten behördlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten	Präventionsberatung durch Beratungsstellen (Soziales) und Einrichtung einer ressortübergreifenden Länderkoordinierungsstelle für alle Aktivitäten bei Soziales oder Inneres	- Anzahl Stellen in Beratungsstellen - Einsatzbeginn Landeskoordinierungs stelle	Ausg.Pers Ausg.Konsu	SI/SJFIS	ja	für Personal: 9 Monate nach Freigabe	nein, wird noch erstellt	ja
12.	Straftäter mit politischer Motivation	Zeitnahe Verfolgung und Ahndung der politisch motivierten Straftaten		Beschleunigte Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, Durchführung der gerichtlichen Verfahren und Sanktionierung der Täter		Personelle Verstärkung der Staatsanwaltschaft mit Einrichtung weiterer Dezernate für politisch motivierte Straftaten sowie neuer Spruchkörper beim Landgericht und den Amtsgerichten		Ausg.Pers Ausg.Konsu	SJV	Ja, Einstellung sofort nach Mittelberei tstellung	Zeitnah nach Einstellung	nein	ja, frühzeitige Intervention verhindert weitere Straftaten
13.	Gefangene der JVA, Mitarbeiter der JVA	Verhinderung der Radikalisierung von Strafgefangenen, Verbesserung im Erkennen von Radikalisierungstendenzen		Ausbau des Deradikalisierungsprogramms der JVA / Anpassung des Sicherheitskonzepts der JVA		Verstärkung des Sicherheitsdienstes der JVA (Verstärkte Kontrollen und Revisionen) und der Ausbau der muslimischen Seelsorge, Fortbildung der Mitarbeiter		Ausg.Pers Ausg.Konsu	SJV	nein	Zeitnah nach Einstellung	nein	Eindämmung der Subkultur, Verhinderung von Straftaten, bessere Resozialisierungs chancen
14.	Rechtssuchendes Publikum und Mitarbeiter der Gerichte	Verhinderung von tätlichen Übergriffen in den Gerichten		Durchführung dauerhafter, lückenloser Einlasskontrollen in den Gerichten		Verstärkung des Justizwachtmeister-dienstes, Ausbau der Eingangsschleusen-anlagen		Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg, Invest.	SJV	nein	Zeitnah nach Einstellung und Mittelzusage	nein	Ja; Verhinderung von Übergriffen
15.	Ausländer mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus	Beschleunigter Rechtsschutz und Rechtssicherhet für von Ausweisung und Abschiebung betroffenen Ausländer		Beschleunigte Duchführung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf dem Gebiet des Asyl- und Ausländerrechts und Schaffung eines weiteren Spruchkörpers		Personelle Verstärkung des Verwaltungsgerichts		Ausg.Pers Ausg.Konsu	SJV	nein	Zeitnah nach Einstellung	nein	Beschleunigung der ausländerrechtlic hen Maßnahmen und damit Reduzierung der Sozialausgaben
16	Grundstückseigentümer der Stadtgemeinde Bremen; alle Einwohner / Besucher der Stadt Bremen	Mehr Zufriedenheit mit der Stadtreinigung	Verbesserung des Sauberkeitszustands (DSQS - vgl. Pos. 3) ab 2021 im Vergleich zu Vorjahren, da bedarfsgerechter Leistungsumfang und Kontrollen der Leistungserbringung durch Anlieger	Finanzierbare bedarfsgerechte Straßenreinigungsumfänge	x Gesamt-Reinigungskilometer	Einführung einer Straßenreinigungs-gebühr	Gebühreneinnahme x Euro p.a.	Ausg.Pers Ausg.Konsu	SUBV	ja	01.10.2020 ---------- ab 2021 nach Einführung einer Straßenreinigun gsgebühr: Mittelbedarf Stadtsauberkeit **geschätzt** **Minus** 8 Mio. Euro p.a.		ja

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	**Ziel**	Kennzahl	ttelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Zielerreichung	Liegt vor?	Wirtschaftlich?
17	Besucher Bremens	Rettung des Fotomotivs Wallmühle	Positive Wahrnehmung des Bereichs Wallmühle bei Touristen / Keine negativen Meldungen mehr an die BTZ oder an die Leitstelle Saubere Stadt	Entfernung der Verschmutzung unterhalb der Brücke Herdentor aus dem Wallgraben	keine Beschwerden mehr zum Wallgraben am Herdentor	Regelmäßige Reinigung Wallgraben	x Reinigungs-durchgänge Wallgraben Herdentor	Ausg.Konsu	SUBV	ja	ab 2018	nein	
18	Anlieger	Umfängliche Umsetzung der Forderung der LHO nach Prüfung vor Auszahlung, ob einer Leistung vollumfänglich erbracht wurde - Stadt nimmt ihre Verantwortung ernst und kontrolliert ihre "Dienstleister"	Beitrag zur Verbesserung des durchschnittl. Sauberkeitszustand Stadtgemeinde Bremen (DSQS) DSQS-Wert ≤ 10 / ≤ 9,5 (in 2018 / 2019) (Anm. 1=klinisch sauber; 30=sehr verschmutzt)	Verbesserung insbes. der manuellen Reinigung inkl. Straßenbegleitgrün	DSQS-Wert für Sauberkeit Straßenbegleitgrün erreicht in 2019 als Teilergebnis ≤ 10 (derzeit ist Straßenbegleitgrün häufig ein Negativ-Ausreißer)	Leistungskontrolle Straßenreinigung maschinell / manuell durch Nachbegehung mithilfe Sauberkeitstool DSQS	x Reinigungsdurchgänge werden geprüft	Ausg.Pers ..... Ausg.Konsu	SUBV	ja	ab 2018	nein	
19	NutzerInnen von Grünanlagen und Badeseen	Mehr Zufriedenheit mit der Sauberkeit Grünanlagen /Badeseen	In 2018 Halbierung der begründete Beschwerdelagen Grünanlagen / Badeseen im Vgl. zu 2015: damit max. 30; in 2019 max. 20 begründete Beschwerdelagen zu Grünanlagen / Badeseen bei der Leitstelle	Entfernung von Verschmutzungen zeitnah nach intensiver Nutzung (folgender Vormittag)	Reinigung bis Folgetag 15.00 Uhr bei 100% der Grünanlagen / Badeseen (Ausnahmen nur bei Sonderveranstaltungen)	Reinigung von Grünanlagen und Badeseen grundsätzlich auch am Wochenende	x Reinigungs-durchgänge	Ausg.Konsu	SUBV	ja	ab 2018	nein	
20	BewohnerInnen / BesucherInnen Bremen-Nord	Auch in Bremen-Nord wird Straßenbegleitgrün regelmäßig gereinigt	Sauberkeits-zustand Straßenbegleit-grün Nord in DSQS in 2018 um 10% in 2019 um 20% besser als 2016	Aufbau eines Systems zur regelhaften Reinigung des Straßenbegleitgrüns Bremen-Nord	Reinigungsstruktur des Straßenbegleitgrüns Bremen-Nord liegt vor Ende 2018 für 70% Ende 2019 für 100 %	Häufigere Reinigung Straßenbegleit-grün / regelhafte Reinigung Bremen-Nord	x Reinigungs-durchgänge	Ausg.Konsu	SUBV	ja	ab 2018	nein	

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	**Ziel**	Kennzahl	ttelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Zielerreichung	Liegt vor?	Wirtschaftlich?
21	Verursacher von Ablagerungen/ BürgerInnen, die sich an Abfallentsorgungsregeln halten	Die Stadt handelt (endlich) sichtbar	2 x 2 Personen untersuchen jeweils an mind. 100 Tagen im Jahr in Problemgebieten Abfallablagerungen auf Verursacherhinweise	Fehlverhalten wird nicht einfach akzeptiert / Verursacher finden und anzeigen	x untersuchte Ablagerungen	Ermittlungs-Team für Ablagerungen	x Rücknahmen von Ablagerungen / y Anzeigen	Ausg.Pers Ausg.Konsu	SUBV	ja	ab 2018	nein	
22	BewohnerInnen / BesucherInnen Bremens mit Interesse an ordentlichem Erscheinungsbild	Deutlich sichtbar: Mechanische Wildkraut-beseitigung auf besfestigten Flächen für ein ordentliches Erscheinungsbild und zur Verhinderung, dass Schmutz sich darin verfängt	x Personen / Teams werden werktäglich zur Wildkrautbeseitigung eingesetzt			Wildkrautgruppe für priorisierte befestigten Flächen im öffentlichen Raum	x Flächen werden regelmäßig von Wildkraut befreit	Ausg.Konsu	SUBV	ja	ab 2018	nein	
23	Bewohner / BesucherInnen, die sich von Schmierereien / Graffiti gestört fühlen; Personen (ggf. insbes. Frauen), die freundliche Gestaltung von Tunneln / Unterführungen u.ä. begrüßen	Nachhaltiges Verhindern von Schmierereien / Kunstvolles Gestalten von öffentlichen Flächen / Veränderung von potenziellen Angsträumen	x positive Rückmeldungen bei SfK, SUBV, dem Bürgermeister u.s.w.	keine Graffiti-Schmierereien mehr auf den ausgewählten Flächen	keine Kosten für wiederkehrende Graffiti-Entfernung auf den ausgewählten Flächen	Gemeinsame Kulturprojekte zur nachhaltigen künstlerischen Gestaltung von Flächen zur dauerhaften Vermeidung von Graffiti	Mind. 9 von SUBV und SfK priorisierte Flächen p.a. werden künstlerisch gestaltet	Ausg.Konsu Ausg.Pers	SfK, SUBV	ja	ab 2018	nein	
24	Anlieger von Straßen, die sich aufgrund von Verparkung kaum reinigen lassen	Straßen- und Sinkkastenreinigung ermöglichen	x gründliche Reinigungs-durchgänge p.a. in 50 besonders problematischen Straßen			Dauerhafte Halteverbote in ausgewählten Straßen	50 Straßen beschildert	Ausg.Konsu	SUBV	ja	ab 2018	nein	
25	Alle NutzerInnen des öffentlichen Raums	Wahrnehmung fördern: die Stadt wird verschmutzt - sie ist nicht schmutzig; Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen	Anzahl TeilnehmerInnen Bremen räumt auf; Anzahl Anfragen zu unterstützen; Presseberichte, die stärker auf die Verursachung abzielen			"Stadtsauberkeit ist wichtig und es ist cool" etwas dafür zu tun	Art und Anzahl Öffentlichkeits-Aktionen	Ausg.Konsu	SUBV	nein	ab 2018	nein	
26	NutzerInnen des kommunalen Abfallentsorgungssystems mit Klärungsbedarf	Korrekte Nutzung des kommunalen Systems der Abfallentsorgung	x Erfolge: Weniger Beistel-lungen bei Abfall-Tonnen; weniger falsch herausgestellte Tonnen/Gelbe Säcke; weniger überfüllte offen stehende Tonnen			Kundenberatung vor Ort für Abfalltrennung und -entsorgung - sinnvoll gemeinsam mit Maßnahme 27-	Anzahl Gespräche / Anschreiben	Ausg.Pers	SUBV	nein	ab 2018	nein	
27	Personen, die (nicht) bereit sind, sich an die Regelungen die Abfall-Ortsgesetzes zu halten	Die Stadt handelt und stellt Durchgängigkeit her (Gesetz ist keine Empfehlung sondern eine Vorgabe)- Fehlverhalten trotz Aufklärung gemäß Punkt 26 hat Folgen	x Erfolge bei den Uneinsichtigen aus Punkt 26			Vollzug Abfall OG - sinnvoll gemeinsam mit Maßnahme 26-	Anzahl eingeleiteter Ordnungswidrig-keiten-Verfahren	Ausg.Pers	SUBV	nein	ab 2018	nein	

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	**Ziel**	Kennzahl	ttelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Zielerreichung	Liegt vor?	Wirtschaftlich?
28	Vermieter / Mieter überwohnter Immobilien	In Problemgebieten nicht länger täglich draußen stehende Abfallbeutel usw.; Ausreichende Ausstattung mit Abfallvolumen	x Fälle, in denen durch verstärkte Kontrollen, Abweichungen der tatsächlichen Bewohneranzahl von der Meldezahl festgestellt werden; Höhere Austattung Abfallvolumen Restmülltonne			Vollzug Wohnungs-aufsichtsgesetz	gemeldete Bewohner = tatächliche Bewohner	Ausg.Pers	SUBV; SI	nein	ab 2018	nein	
29	Bewohner "vermüllter" Grundstücke und deren Nachbarschaft	Zustand einzelner Grundstücke soll Bild eines Ortsteils nicht nachhaltig beeinträchtigen	x Erfolge (aufgeräumte Grundstücke) aufgrund von persönlicher Ansprache / Einwirken auf Bewohner			Zugehen auf Eigentümer bei wiederkehrenden Vermüllungen der Grundstücke	Anzahl Gespräche / Anschreiben	Ausg.Pers	SUBV	nein	ab 2018	nein	
30	Personen, die ihre Abfälle nicht mit nach Hause nehmen, aber bereit sind, Abfälle vorschriftsmäßig zu entsorgen	Nutzung des erhöhten Volumenangebots / weniger Flächenverschmutzung	Beitrag zu: Verbesserung des durchschnittl. Sauberkeitszustand Stadtgemeinde Bremen (DSQS - vgl. Pos. 3) DSQS-Wert ≤ 10 / ≤ 9,5 (in 2018 / 2019)			Zusätzliche Papierkörbe Straßenraum	zusätzlich genutztes Abfallvolumen (Volumen pro Behälter x Anzahl x erforderliche Leerungshäufigkeit)	Ausg.Konsu	SUBV	nein	ab 2018	nein	
31	Bewohner / BesucherInnen, die sich von Schmiereien / Graffiti gestört fühlen	Zeitnahes Entfernen von Graffiti von einer Anzahl öffentlicher Flächen	Graffiti jeweils nach max., 1 Woche von festgelegten Flächen entfernt			Gründen einer Graffiti-Beseitigungs-Gruppe	Anzahl gereinigter Flächen mit x qm	Ausg.Konsu	SUBV	nein	ab 2018	nein	
32	Bürgerinnen und Bürger, die Großveranstaltungen besuchen, z.B. Osterwiese, Freimarkt, Weihnachtsmarkt, Schlachtezauber, Breminale...	Erfüllung der erhöhten Sicherheitsanforderungen für die Veranstaltungen	Vorgaben der Sicherheitsbehörden entsprechend der jeweiligen Sicherheitslage	verstärkter Einsatz von Sicherheits- und Sanitätsdiensten, Notbeleuchtung von Veranstaltungsflächen etc.	Vorgaben der Sicherheitsbehörden entsprechend der jeweiligen Sicherheitslage	Erfüllung der erhöhten Sicherheitsanforderungen für die Veranstaltungen	Vorgaben der Sicherheitsbehörden entsprechend der jeweiligen Sicherheitslage	Ausg.Konsu	SWAH				
33						Höhere Aufwände für Überwachungsmaßnahmen LfV		Ausg.Konsu Ausg.Inves	SI LfV				
34						Weiterfinanzierung TPM (3. Sofortprogramm/ Integrationsbudget)		Ausg.Pers	SWAH (Arb.)				
35						flüchtlingsbezogene Mehrbedarfe, Wohnungsbau		Ausg.Pers	SUBV				
36						Beschäftigungs-maßnahmen (LAZLO)		Ausg.Konsu	SWAH				

Handlungsfeld Digitale Verwaltung

Stand: 07.06.2017 (Basis 10.05., 07. + 12.06.2017)

Kurze stichwortartige Beschreibung der ressortübergreifenden Zielgrößen für die künftige Aufgabenwahrnehmung:

Wieviele persönliche Kundenkontakte in den Dienststellen können zu beidseitigem Nutzen komplett entfallen?
Wieviele Prozesse werden in der bremischen Verwaltung umgestellt, so dass das vorhandene Personal seine Aufgaben besser erledigen kann?
Wieviele "Ein-Klick-zu- ..."-Anwendungen realisiert die Verwaltung?
Können die Dienststellen redundante Betriebs- und Steuerungsprozesse gegenüber Dataport an SF abgeben und Zeit und Ressourcen für eigene, innovative Projekte bekommen?

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	ittelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Ziel-erreichung	Liegt vor?	Wirtschaft-lich?
1.	"Funktionierende Stadt": Kunden und Klienten aller kommunalen und Landesbehörden	Vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse	Steigerung der VIS-Nutzer (von jetzt ca. 2300 auf 5000 bis 2019)	Verstärkte Entwicklung von Mustergeschäftsgängen (s. Verwaltung 4.0-Senatsbeschluss vom 8.11.2017, Nr. 2a) *darin enthalten:* *Einf. elektr. Fallakte AfSD* *Entw. GG in VIS SJFIS*	% Zuwachs in VIS verzeichneter Mustergeschäftsgänge	Mustergeschäftsgänge werden durch eine zentrale Einheit eingeführt. Sie lösen häufig wiederkehrende Geschäftsprozesse (Antragsverfahren, Umgang mit IFG-Anfragen) über VIS. "Nicht VIS wird eingeführt, sondern Probleme im Arbeitsalltag gelöst."	% Zuwachs Verwaltungseffektivität (mehr Aufgaben pro vorhandenes Personal wird erledigt; z.B. Reduzierung Personalmehrbedarfsforderung für HH 2020 ff.)	Ausg.Pers ***nachrichtlich:*** *für Fallakte* *für VIS* Ausg.Konsu Ausg.Inves	Alle Ressorts (darin enthalten: SF baut VIS-Kompetenzzentrum auf, Verstärkung bei AfSD)	Details noch festzulegen	2020	ja	ja
2.	"Funktionierende Stadt:" Gewerbetreibende und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer, insb. aus EU-Ausland	wie 1), hier mit Schwerpunkt auf alle Prozesse, die den Standort Bremen für (EU-)ausländische Unternehmen und Arbeitnehmerinnen/Arbeiternehmer attraktiver machen; gleichzeitig Einhaltung EU-Richtlinien und Vermeidung von Vertragsverletzungsverfahren	%-Steigerung bei der Niederlassung in- und ausländischer Unternehmen; %-Steigerung bei (EU-)ausländischen Arbeiternehmerinnen/Arbeitnehmern	Die elektronischen Angebote des Einheitlichen Ansprechpartners (EA) werden verbessert (neue IT-Architektur des Portals, Integration von Bundeslösungen, Vorbereitung für Mehrsprachigkeit) und ausgeweitet (auf die Berufsqualifzierungsrichtlinie). (ebd., Nr. 2b)	% Zuwachs von über den EA abgewickelten Fällen (zur Zeit sehr gering)	Aufbau fachliche Leitstelle für die EU-Dienstleistungsrichtlinie als Querschnittsfunktion bei SF, zur Entlastung der eigentlich fachlich zuständigen Fachressorts (insb. SWAH, SBW, aber auch alle anderen)	Besetzung der vorgesehenen Stellen (mind. 50 % Ende 2017, 100 % Ende 2018)	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	Alle Ressorts, insb. SWAH (SF wird fachliche Leitstelle)	nein	Ende 2019	in Arbeit	ja
3.	"Funktionierende Stadt": Alle Eltern von Neugeborenen und Kleinkindern	Vermeidung von Antragsverfahren und Kompensation durch elektronischen Datenaustausch ("Nicht die Bürger, sondern die Daten sollen laufen"); Eltern erhalten die Leistung automatisch	Reduzierung des Kundenaufkommens bei Standesamt, Elterngeldstelle und Kindergeldstelle um 50 % nach einem Jahr bei Kindesanmeldungen	"Ein-Klick-zur-Geburtsurkunde/Elterngeld/Kindergeld": "Disruptiv" NEU gestaltetes Verfahren bei Geburt eines Kindes, ermöglicht durch kluge Vernetzung von Daten bei Einwilligung der Bürgerin/des Bürgers (ebd., Nr. 2c) *darin enthalten:* *Erfass. Personen-standsurkund.* *Digital. der Beantr. v. Elterngeld*	Anzahl an erfolgreichen Gesetzesreformen, die zur Entlastung der Eltern führen	Realisierung entsprechender "Apps": Einfache Einwilligung in Datenverarbeitung; der Rest erfolgt durch Datenverknüpfung im "Back-Office"; dafür werden die Bundesgesetze im Rahmen des Digitalisierungsprogramms des IT-Planungsrates geändert.	% Nutzungsgrad der neuen Apps, Ziel: mindestens 50 % nach 1 Jahr (ab 2020)	Ausg.Pers ***nachrichtl.*** *Pers.-urk.* *Elterngeld* Ausg.Konsu Ausg.Inves	SF, SI - Standesamt, SJFIS - AfSD	nein	laufender Prozess	in Arbeit	
4.	"Funktionierende Stadt": alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, die Verwaltungsleistungen bezahlen	wie 1) und 2), zusätzlich Stärkung der Selbstbedienungsmöglichkeiten (online und offline)	Erhöhung der Zahl angebotener Online-Verfahren (um diejenigen, die das elektronische Bezahlen erfordern)	Zentrale Beschaffung und Betrieb eines elektronisches Bezahlverfahrens (voraussichtlich EPayBL) (ebd., Nr. 2d)	Anzahl der an die Bezahllösung angeschlossenen Prozesse	Aufbau fachliche Leitstelle für das elektronische Bezahlverfahrens (Steuerung des Dienstleisters; Weiterentwicklung, Integration in Verfahren der Dienststellen)	Höhe der über das elektronische Bezahlverfahren eingenommenen Gebühren etc.	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	Alle Ressorts, Fachliche Leitstelle SF, insb. Geoinformation, SI			in Arbeit	

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	ittelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Ziel-erreichung	Liegt vor?	Wirtschaft-lich?
5.	"Funktionierende Stadt": Alle Kunden der Verwaltung	wie 1) bis 4), zusätzlich Sicherheit, Verlässlichkeit und Souveränität des Verwaltungshandelns. Nach (zu erwartender) Verabschiedung des Onlinezugangsgesetzes im Rahmen Finanzreform neue gesetzliche Anforderung zur Umsetzung interoperables Servicekonto/Portalverbund!	Reduzierung des Kundenaufkommens bei möglichst vielen Dienststellen, wegen Teil- oder Komplettverlagerung von Anträgen u.ä. "online"	Zentrale Beschaffung und Betrieb einer zentralen sicheren Kommunikationslösung, bestehend aus Governikus Authent, GMM, einschl. Einführungsunterstützung (ebd. 2e)	Anzahl der an GMM/Authent (= Servicekonto/Portalverbund) angebundenen Dienstleistungen	Aufbau fachliche Leitstelle für das GMM, Authent (Steuerung des Dienstleisters; Weiterentwicklung, Integration in Verfahren der Dienststellen; Integration in Servicekonto und Portalverbund)	Anzahl Formulare/Anwendungen	Ausg.Pers Ausg.Konsu ***nachrichtl:*** *BBEE* *FVM* *SUBV*	Alle Ressorts, Fachliche Leitstelle SF, insb. SKB (Bafög), SI	ja	Jan 18	in Arbeit	
6.	"Funktionierende Stadt:" Kunden und Klienten aller kommunalen und Landesbehörden; verwaltungsinterne IT-Organisation	Zukunftsfähige IT-Organisation für Bremen; Sicherheit, Verlässlichkeit und Souveränität; Guter Arbeitsplatz	Erhöhter Innovationsgrad in der Technikunterstützung der Fachaufgaben; schnellere Realisierung von E-Governnment und "Ein-Klick"-Verfahren	Bündelung der Aufgaben und des Personals schaffen Synergieeffekte, beschleunigen Betriebs- und Eskalationsprozesse, erhöhen Steuerungskraft gegenüber Dataport, vereinfachen Vertrags- und Haushaltsmanagement (ebd., 2g)	Anzahl der aus den Dienststellen an SF 02 zur Betreuung übergebenen Dataport-Fachverfahren bei SF02	Dienststellen übertragen Aufgaben und Personal für Fachverfahren an SF 02. Wenn mind. 3 Dienststellen mitmachen, entstehen Synergieeffekte so dass Personal im IT-Bereich zur Deckung von Aufgaben in der Digitalisierungsstrategie frei werden. - Dienststellen werden produktiver.	Reduzierung von Eskalationen gegenüber Dataport; Erhöhung Betriebsstabilität der Fachverfahren	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	Alle Ressorts, Zentrales IT-Betriebsmanagement bei SF, insb. SUBV, Geo, BBEE, ASV	ja	teilweise Ende 2019, teilweise laufender Prozess	in Arbeit	
7.	IT-Planungsrat, Bund und Länder, Kommunaler Bereich	Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Ländern wird intensiviert und die Anpassung der bundesrechtlichen Vorschriften vorangetrieben. Dadurch können Fortschritte und Innovationen aus anderen Verwaltungen schneller nach HB übertragen werden.	Anzahl der bundesweit einheitlich angebotenen Verfahren für Bremer Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen wird erhöht.	Bremens herausgehobene Stellung im Konzert der Länder (Governikus, KoSIT) muss gesichert werden, da über OZG etc. die Zentralisierung der IT-Verfahren voraussichtlich zunehmen wird. Schwerpunkt wird die juristische Begleitung sein (Absicherung der Verfahren gemäß Nr. 3) (vgl. ebd., 2i)	Anzahl der gemeinsam mit anderen Ländern betriebenen Fachverfahren wird erhöht.	Die im Aufbau befindliche Föderale IT-Koordination (FITKO) in Frankfurt/Main wird intensiv von Bremen aus begleitet und unterstützt.	%-Erhöhung der Aufträge des IT-Planungsrates an SF, KoSIT und Governikus	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	SF für alle Ressorts	in Arbeit	Ende 2019	in Arbeit	
8.	Ressorts und Dienststellen	Schaffung einer organisatorischen Koordinierungseinheit zur weitgehenden Digitalisierung der Verwaltung; alle Ziele von 1) bis 7)	s. jeweils bei Punkt 1) bis 7) ; insbesondere Prozessverbesserungen und Reduzierung Kundenaufkommen	Ein zentrales "Digitalisierungsbüro" unterstützt die Digitalisierung in den Ressorts und Dienstsstellen. Die unterschiedlichen technischen, rechtlichen und organisatorischen Anpassungsaufgaben werden von zentraler Stelle unterstützt oder sogar übernommen. Die Amtsleitungen erhalten direkte Unterstützung für die Digitalisierung ihrer Fachaufgaben. (ebd., 2h)	% Steigerung der Anzahl von Digitalisierungsprojekten in den Ressorts	Initiierung und Koordinierung der Digitalisierungsaktivitäten, Gremienarbeit, Beratung der Dienststellen, Wissenstransfer, Controlling des Digitalisierungs-programms	Anzahl der Einführungs-projekte	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	Alle Ressorts und Dienststellen, Digitalisierungsprogramm bei SF	Nein	laufend	in Arbeit	

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	ittelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Ziel-erreichung	Liegt vor?	Wirtschaft-lich?
9.	Optimierung Digitalisierung. Effizienzsteigerung in der internen Verwaltung (Personalverwaltung)	Alle Vorgänge der Personalarbeit werden digital unterstützt. Medienbrüche werden abgebaut. Prozesse werden dezentral entschieden, unterliegen zum großen Teil aber einer zentralen Sachbearbeitung.		Erweiterung der digital bearbeitbaren Vorgänge in der Personalsachbearbeitung durch eine e-Personalakte und ein e-Bewerbermanagement. Der bisher erreichte Grade der Prozessoptimierung durch IT im Personalmanagement wird verstetigt	Veränderung des Anteils der digital unterstützten Prozesse	Einführungsprozess von Softwaremodulen. E-Personalakte, e-Bewerbermanagement. Prozessanalyse und -optimierung der bestehenden Prozesse, Erweiterung der zentral vorgehaltenen Personalservices bei PN.	erfolgreiche Umsetzung des einführungsprozesses innerhalb des Zeitplans	Ausg.Pers Ausg.Konsu	SF	nein	Ende 2019	in Arbeit	
10.	verwaltungsintern und Bürger*innen	Digitales Archiv: Entgegennahme digitaler Dokumente durch das Staatsarchiv Bremen	50, 100 % der Installation und Konfiguration ist erfolgt	Schnittstelle von den Dst. zum Staatsarchiv über das bereits vorhandene Modul AVA (Aussondern, Vernichten, Archivieren)	50, 100 % der Installation und Konfiguration ist erfolgt	Beteiligung an dem digitalen Archivmagazin DIMAG gemeinsam mit HH, SH MV, SH, NS	50, 100 % der Installation und Konfiguration ist erfolgt	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	SfK, Staats-archiv	nein		ja	ja
11.	verwaltungsintern und Wirtschaft	Weiterentwicklung der Haushaltsreformprozesse (E-Prozesse), Digitalisierung im B2G Bereich mit HKR Bezug und des bremischen SAP-Verfahrens	Anzahl der Zukunftskonzepte und der durchgeführten Reformprojekte	Erstellung eines Konzepts für ein 'Relaunch' des HKR-System, Ausbau digitaler Prozessketten von E-Vergabe, E-Einkauf zu E-Rechnung; Aufbau der B2G-Strategie im HKR-Bereich, Modernisierung des HKR-Systems	Konzeptions-fortsch. zur zukunftssicheren Neuausrichtung des HKR-Systems; Anteil dokument. Systembereiche; Verhältnis aus Produktiv- zu Archivdaten; Entw. des Verhältnisses aus digitalen zu analogen Prozessdurchläufen; Anz. gemeins. Projekte mit den Kammern	Projektorganisation innerhalb der Stabsstelle Haushaltsreformen unter jeweiliger Einbindung weiterer Interessengruppen (Stakeholder)	Prozentualer Projektfortschritt nach Zeit, Leistung und Budget	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	SF	nein	Ende 2019	in Arbeit	
12.	MA und Kunden im Ausländerbereich	Beschleunigung der Prozesse im Ausländeramt	Verringerung der Wartezeiten	Einführung der eAkte und eines eVorgangs- bearbeitungssystems; Schnittstelle DMS/VBS zum Fachverfahren AdVIS; Weboberfläche für AdVIS; Digitalisierung Bestandsakten	33, 66. 100 % eingeführt	Umsetzung der eAkte; Scannen der Bestandakten; Digitalisierung aller Prozesse, Digitalisierung Bestandsakten	30, 50, 100 % umgesetzt	Ausg.Konsu	SI, Migrationsa mt				
13.	Bürger*innen	Angebot für Zeugen für die Speicherung von Photo-/Videodateien (Boston-Infrastruktur)	Plattform ist vorhanden und durch Marketingmaßnahme n bekannt	Plattform zum Hochladen von Fotos und Videos	Infrastruktur vorhanden (50%), Funktionalität vorhanden 100%	Umsetzung IT-Projekt	50, 100%	Ausg.Konsu	SI Polizei				
14.	Bürger*innen und Verwaltung	kürzere Wartezeiten für Ausweis- und Kfz-angelegenheiten durch Self-Service-Terminals	Reduzierung der Wartezeiten für Bürger*innen und Verkürzung der Erfassungsprozesse für die Verwaltung	Self-Service-Terminals zur Erfassung biometischer Daten für Passfoto-, Fingerabdruck-, Unterschriftserfassung		Ausschreibung, Beschaffung, Installation derTerminals	30, 60, 100% der Umsetzung erfolgt	Ausg.Konsu	SI Nachfolge Stadtamt				
15.	Bürger*innen und Verwaltung	schnellere und einfachere Terminvergabe für Kund*innen des ASD sowie Verbesserung der Kundensteuerung		Einführung des bereits vorhandenen zentralen Terminmanagements im ASD	100% verfügbar	technische und organisatorische Maßnahmen für Anschluss an das zentrale Terminmanagement	100 % Umsetzung	Ausg.Pers	SJFIS, ASD				

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	ittelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Ziel-erreichung	Liegt vor?	Wirtschaft-lich?
16.	Bürger*innen und Verwaltung	Internetbasierte Antragstellung zur Wiederzulassung auf denselben Halter		Ausbau der elektronischen iKfz-Zulassung	100 % verfügbar	Umsetzungsprojekt	100% Umsetzung	Ausg.Konsu	SI Nachfolge Stadtamt				
17.	Bürger*innen, Landesarchäologie	Denkmäler in Bremen: bessere Recherche, Auswertung von Daten, mobile Nutzung, beschleunigter Zugriff und Austausch von Informationen		Webbasierte Datenbank mit Informationen über Denkmäler	100 % verfügbar	Beitritt/Verwaltungsvereinbarung mit BW und Nds., die das System schon einsetzen, Finanzierung über KielerBeschlüsse	100% Umsetzung	Ausg.Pers Ausg.Konsu	SfK			ja	
18.	gestrichen												
19.	Verwaltungsintern	sichere Bearbeitung digitaler Beweismittel (100 Tbyte)		sichere Infrastruktur ("Schmutzdaten"-Netzwerk K 15) sowie die erforderlichen HW + SW		Herstellung und Betrieb des Netzwerks, Beschaffung HW + SW		Ausg.Konsu	SI Polizei				
20.	gestrichen												
21.	verwaltungsintern	reibungslose Kommunikation/ Datenaustausch mit mobilen Endgeräten bei bund- bzw. länderübergreifenden Einsatzlagen		bundesweite SW-Lösung		Einführung der SW in Phasen: 1. SE, 2. BePo, 3. Einsatzdienst	Abnahme Phase 1, 2 und 3	Ausg.Konsu	SI Polizei				
22.	verwaltungsintern	Betrieb der Fachverfahren im Stadtamt: verbesserte Support- und Dienstleistungen, Reduktion von Verwaltungsprozessen, kurze Reaktionszeiten, Belastungsreduktion des internen IT-Personals		Verlagerung fachliches Verfahrensmanagement an Dataport		Migrationsprojekt; Vertrag und SLA mit Dataport	Datum Abschluss des Vertrages	Ausg.Pers Ausg.Konsu	SI Nachfolge Stadtamt				
23.	verwaltungsintern	Projekt e-justice: medienbruchfreie elektronische Prozesse für Gerichtsverfahren auf einer ergonomischen und performanten Oberfläche		Entwicklung der erforderlichen IT-Komponenten im Verbund mit 5 Ländern; Schulungszentrum Justiz; Unterstützung Einführungsphase und Scannen		Mitarbeit im Verbundprojekt, Akzeptanzmanangement in der brem. Verwaltung, Abstimmung mit Justizressorts der Dataport-Länder		Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	SJV	ja			
24.	verwaltungsintern	Verbesserung der Prozessabläufe im Stadtamt		Weiterentwicklung und Anpassung diverser Fachverahren des Stadtamtes		Verfahrensanpassungen und -erweiterungen		Ausg.Konsu	SI Nachfolge Stadtamt				
25.	verwaltungsintern	alle MA der Polizei können Karten und Geofachdaten z.B. Tatorte anzeigen, räumlich/sachlich/zeitlich filtern und räumliche Auswertungen vornehmen		verbindliche Geodateninfrastruktur (GDI) innerhalb der Polizei		Aufbau der GDI, Einführung neues GIS		Ausg.Konsu	SI Polizei				

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	ittelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Ziel-erreichung	Liegt vor?	Wirtschaft-lich?
26.	verwaltungsintern	Verstetigung eines Servers für die eVergabe, der Bremer IT-Strategie folgend, in das RZ bei Dataport um der durch die EU-Richtlinie 24/2014 gestellten Anforderung an Ausfallsicherheit angemessen Rechnung zu tragen. Bis spätestens 2018 müssen EU-weite Ausschreibungen ausschließlich elektronisch erfolgen.		Bereitstellung eines einheitlichen, vergaberechtskonformen, effizienten und leicht bedienbaren elektronischen Vergabefahrens für alle Phasen öffentlicher Ausschreibungsverfahren für alle bremischen Dienststellen.		Umsetzung und Abbildung der Prozesse im Rahmen eines Vertrages zwischen IB und Dataport über Betrieb und Support.		Ausg.Inves	SF für alle Ressorts	ja		ja	ja
27.	gestrichen												
28.	BürgerInnen, Verwaltung und Politik	Bürgerzufriedenheit und Beschleunigung und Transparenz der Prozesse	schnellere Erkennung und Beseitigung von Schäden im Verkehrsraum, insbesondere Berücksichtgung von Meldungen durch Bürgerinnen und Bürger	Online-Störungsformular für den Bürger; Transparenz zum Wert der Infratruktur und der erforderlichen Investitionen für den Erhalt	Anzahl beseitigter Schäden; Erhalt der Infrastruktur	Einführung der mobilen Datenerfassung bei der Kontrolle der Verkehrsflächen + medienbruchfreie Durchführung der weiteren Prozesse	Erfüllung der Verkehrsicherungspflicht durch digitale Erfassung	Ausg.Konsu	SUBV ASV	ja	Wenn Dataport Auftrag umgesetzt hat	Ja	tem wurde ab
29.	BürgerInnen, Verwaltung und Politik	Alle Unterlagen einer Straße stehen im Ressort und bei Anfragen der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung	Digitale Verfügbarkeit aller Straßenunterlagen	Digitale Bereitstellung aller Unterlagen der bremischen Straßen	Grad der Digitalisierung der Straßenakten	Alle Unterlagen werden durch interne AG und externe Firma gescannt und in VIS5 bereitgestellt	Anzahl der Straßenakten in VIS5	Ausg.Konsu	SUBV ASV	ja	Wenn alle Straßenunterlagen digitalisiert sind	Ja	Abbau von Redundanzen, Reduzierung von Archivflächen, Zeitgewinn etc.
30.	Antragsteller Großraum- und Schwerlasttransporte	Beschleunigung der Bearbeitungsprozesses	Bearbeitungszeit liegt deutlich unter 2 Wochen	Antragsteller kann jederzeit Anträge stellen und bekommt Transparenz zum Stand des Verfahrens; Beschleunigung durch neues Modul für die statischen Prüfungen	Anzahl der Beschwerden; Zufriedenheit der Kunden	Entwicklung des Online-Verfahrens in Abstimmung mit Bund-Länder-Fachgruppe	reibungsloser Betrieb mit deutlich geringeren Bearbeitungszeiten	Ausg.Konsu	SUBV ASV	Zeitplan in Abstimmung mit Bund-Länder-Fachgruppe	Verfahren freigegeben	ja	ja
31.	Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigte, bremische Dienststellen	vollständige Digitalisierung der Fachaufgaben	Anteil nicht digitaler Verfahren unter 30%	das komplette Spektrum an Fachsoftware im Straßenbau- und -verkehrsbereich	überwiegend papierlose Fachangebote des ASV	Medienbruchfreie und papierlose Prozesse	papierlose Verfahren mindestens 70%	Ausg.Konsu	SUBV ASV	kontinuierllliche Weiterentwicklung	Digitalisierung der Fachaufgaben zu mindestens 70%	ja	ja
32.	Beschäftigte, Dienststellen, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen	zentrale Datenhaltung der Fachanwendungsdaten für einen elektronischen Datenaustausch zwischen Behörden, Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen	Anteil digitaler Daten	Online-Plattform für öffentlich verfügbare Fachanwendungsdaten	Anzahl der verschiedenen digitalen Fachanwendungsdaten	strukturierte Digitalisierung und Überführung in einen zentralen Datenbestand	Anzahl der überführten Fachanwendungsdaten	Ausg.Konsu	SUBV ASV	kontinuierllliche Weiterentwicklung	alle digital bereitzustellenden Fachanwendungsdaten stehen zur Verfügung	ja	ja
33.	Mitarbeiter/innen / Bürgerinnen und Bürger	Effzienzsteigerung	Verkürzung der Fallbearbeitungs-zeit	Digitale BauO-Software	Bürgerzufriedenheit, Verfahrensdauer	Einführung der Software	Anzahl der Nutzer / bearbeitete Fälle	Ausg.Konsu	SUBV BBN	ja		Ja	Altsystem wird nicht weiter gepflegt

lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen *Was ist dafür*	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	ittelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Ziel-erreichung	Liegt vor?	Wirtschaft-lich?
34.	BürgerInnen/Verwaltung	Eigentumsicherung/Planungsgrundlagen	Anzahl der Nutzer	Auskünfte und Daten	Anzahl Zugriffe	Betrieb des Systems durch Dataport + Dienstleister	Einhaltung SLA	Ausg.Konsu	SUBV Geo	ja	dauerhaft	ja	ja
35.	Verwaltung/externe Nutzer, Bürgerinnen	Vereinfachte elektonischer Datenaustausch	Anzahl der elektronischen Auskünfte	Elektronische Auskünfte	Anzahl der Auskünfte	Beauftragung Dataport und Dienstleister	Verhältnis manueller zu elektronischen Auskünfte	Ausg.Konsu	SUBV Geo	ja	2018	ja	ja
36.	Verwaltung/BürgerInnen	Digitalitalisierung von Verwaltungsvorgängen	Anzahl der Nutzer	Infrastruktur und GIS-Portale	Anzahl eingesetzen Lizenzen	Vertrag mit Dataport	Einsparvolumen gegenüber Standardlizenzmodell	Ausg.Konsu	SUBV Geo	ja	dauerhaft	ja	ja
37.						Migration Fachverfahren und Zentralisierung bei Dataport		Ausg.Konsu	SWGV				
38.						IT (Standardersatzbeschaffung, PIAV, Forensische IT, Laborinformationssystem, Datawarehouse Olmera, Wahlen/Zensus; PIER, ScharsWeb		Ausg.Konsu Ausg.Inves	SI Pol., StaLa				
39.						Polizei-PC		Ausg.Konsu Ausg.Inves	SI Pol.				
40.						Nacherfassung Personenstandsbücher, fachl. Verfahrens-management, elektr. Ausländerakte, Anpassung Zahlungssysteme, MDE-Geräte VÜ, Peripheriegeräte Arbeitsplätze		Ausg.Konsu Ausg.Inves	SI Stadtamtsnachf.				
41.	"Funktionierende Stadt": Hochschulen und deren	Prüf- und revisionssichere Personalverwaltung in den Hochschulen.	Abschluss der Einführung	Einführung von SAP HCM zur Personalverwaltung in den Hochschulen	Nutzung von SAP HCM in den Hochschulen	Abgestimte Einführung in den Hochschulen unter Nutzung von Referenzmodellen.	Nutzung in 100% der staatl. Hochschulen	Ausg.Inves	SWGV		01.01.2020		
42.	verwaltungsintern	Beschaffung eines landesweiten juristischen Onlineportals um eine schnelle rechtssicherere Arbeit der Beschäftigten zu gewährleisten. Die bisherigen Individualvereinbarungen der Ressorts werden abgelöst. Dem Verfahren wurde auf der Sitzung der Verwaltungsleiter am 30.06.2015 ressortübergreifend zugestimmt.	Kundenzufriedenheit (%)	Die angestrebte Landeslizenz sieht vor, jedem Beschäftigten der Kernverwaltung, der über einen MiP-Zugang verfügt, den Zugriff auf die Datenbank über einen Link in MiP zu ermöglichen. Sie ermöglicht eine schnellere und rechtssicherere Arbeit der Beschäftigen und erzeugt ein hohes Maß an Transparenz v. a. in Bezug auf aktuelle Rechtsprechung.	Teilnehmende Beschäftigte (St)	Umsetzung und Abbildung der Prozesse im Rahmen eines Vertrages bei IB. Die Ressorts unterstützen IB bei der Beschreibung des juristischen Bedarfs für das vor dem Abschluss stehende Vergabeverfahren.		Ausg.Inves Ausg.Konsu	SF/IB		2018		ja
43.						IT-Fachverfahren		Ausg.Konsu	BBEE				

Handlungsfeld Bürgerservice

Stand: 13.06.2017

Kurze stichwortartige Beschreibung der ressortübergreifenden Zielgrößen für die künftige Aufgabenwahrnehmung:

Das Handlungskonzept formuliert erste strategische „Eckpfeiler“ für Bürgerservice in Bremen, die für die Umsetzung der von den Ressorts genannten Maßnahmen leitend sein sollen:
1. Die bremische Verwaltung ist über verfügt über formulierte Servicestandards und ist über mehrere Kanäle für Bürger*innen erreichbar: persönlich, telefonisch und online.
2. Der Bürgerservice zeichnet sich durch schlanke und standardisierte Arbeitsprozesse und eine effektive Kundensteuerung aus.
3. Die bürgernahen Dienstleistungsangebote sind untereinander systematisch vernetzt.

Lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	ttelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Zielerreichung	Liegt vor?	Wirtschaftlich?
1.	Bürger*innen	Die Prozesse sind verbessert und tragen zu einer effektiven Kundensteuerung bei.	Steigerung der Terminvergaben um X %	Terminvergaben für Bürger	Anzahl der vergebenen Termine	**zentrale Bereitstellung (Lizenz + Hosting) für die flächendeckende Einführung eines Terminmanagementsystems**	Anzahl der aufgeschalteten Organisations-einheiten	Ausg.Pers. Ausg.Konsu Ausg.Inves	SF / PN Ressorts	ja	Ende 2020	nein	
2.	Bürger*innen	Verbesserung des Bürgerservice	z.B. Anzahl Servicestandards, Anzahl vorhandene Leitbilder etc.	Führungskräfte- und Mitarbeiterschulungen im Bereich Bürgerservice	Anzahl durchgeführte Qualifzierungsmaß-nahmen	**Qualifizierung von Beschäftigten und Führungskräften im Bereich Bürgerservice (Maßnahme der Amtsleitungskonferenz Bürgerservice)**	Konzept und Anzahl angebotene Qualifizierungs-maßnahmen	Ausg.Konsu	SF/Ressorts	nein		nein	
3.	Bürger*innen	Verbesserte Information und Kommunikation sowie Unterstützung der Erreichbarkeit der Verwaltung	Seitenaufrufe Serviceportal und Seiten der Dienststellen	Unterstützung der bürgernahen Ämter und Betriebe zur Verbesserung und Vereinheitlichung Internetauftritte und Social Media Auftritte, um dem Bürgerservice ein einheitliches Auftreten zu geben und die Auffindbarkeit von Informationen zu verbessern.	abgestimmte Kommunikations-strategie	**Verbesserung der Kommunikation der Behörden (u.a. Internetseiten der Behörden, Social Media …; Maßnahme der Amtsleitungskonferenz Bürgerservice)**	Umsetzungskonzept und eingerichtetes Projekt	Ausg.Pers. Ausg.Konsu	SF/Ressorts	nein	Ende 2019	nein	
4.	ausländische Bürger*innen, Bürger*innen mit Migrationshintergrund	geringere Wartezeiten, sach- und fristgerechte Bearbeitung von Anträgen	z.B. max. X Min. Wartezeit, Bearbeitung von Anträgen innerhalb X Tagen	Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung des Stadtamts (noch nicht benannt)		**Aufstockung Personal im Migrationsamt**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SI	nein		nein	
5.	Bürger*innen	Sicherstellung und Einhaltung (nicht definierter) Servicestandards		s.o.		**Aufstockung Personal im Bürgeramt**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SI	nein		nein	
6.	Bürger*innen	sichere und ordentliche Stadt		s.o.		**Aufstockung Personal im Ordnungsamt**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SI	nein		nein	
7.	Bürger*innen	Sicherstellung und Einhaltung (nicht definierter) Servicestandards		s.o.		**Aufstockung Personal im Standesamt**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SI	nein		nein	
8.	Beschäftigte der Nachfolgeämter des Stadtamts	Gewährleistung des Dienstbetriebs in den Ämtern des ehem. Stadtamts		Bearbeitung von Rückständen im IT-Bereich, Einfühgrung Gesundheitsmanage-ment, PE-Maßnahmen, Rechtsangelegenheiten		**Aufstockung Personal in den Querschnittseinheiten SI**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SI	nein		nein	

Lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	ttelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Zielerreichung	Liegt vor?	Wirtschaftlich?
9.	Bürger*innen	Die Bürgerservice ist verbessert und -wo möglich - standardisiert und trägt zu einer effektiven Kundensteuerung bei.	Anzahl veränderter Prozesse / neuer Produkte	Eine zentrale Einheit für die Verbesserung des Bürgerservice unterstützt die bürgernahen Ämter und Betriebe: Aufnahme und Verbesserung von Prozessen, Gestaltung der Dienstleistungsprodukte und Servicedesign unter Einbeziehung von Bürger*innen, Durchführung von Schwachstellenanalysen, Verbesserung der Aufbau- und Ablauforganisation	Anzahl durchgeführter Maßnahmen	**Weiterentwicklung des Bürgerservice: Initiierung und Koordinierung der Aktivitäten zur Verbesserung des Bürgerservice, Beratung der Ämter und Betriebe im Rahmen der Amtsleitungskonferenz; Aufbau von Kompetenzen zur Organisationsanalyse/ -optimierung zur Verbesserung des Bürgerservice im AfSD**	Aufbau einer zentralen Unterstützung "Bürgerservice": sukzessive Besetzung der Stellen, Rahmenvertrag zur Unterstützung; Umsetzung Konzept	Ausg.Pers. Ausg.Konsu	SF/Ressorts SJFIS (ASD)	nein	Ende 2019	nein	
10.	Bürger*innen, die familienbezogene Dienstleistungen in Anspruch nehmen	Bürger*innen erhalten Dienstleistungen aus einer Hand	Anzahl angebotene Dienstleistungen	Bündelung familienbezogener Dienstleistungen: Beantragung von Elterngeld und Unterhaltsvorschuss, Bereich Beistandschaft/Unterhalt Minderjährige und weitere Leistungen der wirtsch. Jugendhilfe	Anzahl angebotene Dienstleistungen	**Organisatorische Verbesserungen des Bürgerservice durch den Aufbau einer Servicestelle Familie**	Einrichtung der Servicestelle	Ausg.Pers.	SJFIS	nein		nein	
11.	Bürger*innen mit Migrationshinter-grund und aus anderen Kulturen, ältere Menschen	Erreichbarkeit der brem. Verwaltung über verschiedene Kanäle	mehr als X % sind mit dem Angebot zufrieden	Informationen "aus einer Hand" zu Dienstleistungen des Bürgerservice	Anzahl bearbeitete Anliegen	**Einrichtung eines BürgerInformationsService in der Stadtteilbibliothek West**	mind. 1 Servicekraft beauskunftet Bürger*innen-anliegen pro Standort	Ausg.Pers. Ausg.Konsu Ausg.Inves	SF/PN	ja	Ende 2019	nein	
12.	Bürger*innen mit Erbangelegenheiten	Verbesserung des telefonischen Bürgerservice-Kanals	mehr als X % fallabschließend erledigter Anliegen	telef. Aufnahme von Bürgeranliegen und telef./schriftl. Weiterleitung an Nachlassgericht	Anzahl weitergeleiteter Anliegen	**Übernahme des Abwesenheitsservice für das Nachlassgericht durch das BTB**	Anzahl der bearbeiteten Anrufe	Ausg.Konsu	SJV	nein		nein	
13.	sozial benachteiligte Bürger*innen, Vermieter*innen	Schlanke und standardisierte Arbeitsprozesse + effektive Kundensteuerung		verbesserte Software für das Fachverfahren Wohngeld / Wohnberech-tigungsscheine		**Durchführung einer Machbarkeitsstudie für Prozessverbesserun-gen im Bereich "Grundversorgung Wohnen"**	Vorlage Ergebnis der Machbarkeitsstudie	Ausg.Konsu Ausg.Inves	SUBV	nein		nein	
14.	sozial benachteiligte Bürger*innen, Vermieter*innen	Verbesserung des Bürgerservice		schnelle Bearbeitung der Anliegen, Aufholen des Bearbeitungsrückstands	Anzahl bearbeitete Anliegen	**Aufstockung Personal Bereich Wohngeld**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.					

Lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	ttelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Zielerreichung	Liegt vor?	Wirtschaftlich?
15.	ältere und/oder wenig mobile Bürger*innen	Ältere Menschen bleiben länger mobil.	mehr als X % sind mit dem Angebot zufrieden	Die bestehende Institution der "Postboten" (bei Entlastung bei der Zustellung) übernimmt zusätzlich Aufgaben der Unterstützung bei der Inanspruchnahme von Leistungen der öffentlichen Verwaltung und von privaten Anbietern	Anzahl vermittelter und erbrachter Dienstleistungen	**Etablierung eines "Mobilen Service" im Stadtteil ("Postboten")**	Anzahl der Unterstützer	Ausg.Konsu	SF	nein			
16.	Steuerbürgerinnen/-bürger	Erhöhung Bürgerfreundlichkeit und Kundenzufriedenheit, optimierte Barrierefreiheit, Steigerung der Dienstleistungsattraktivität		sämtliche Steuerangelegenheiten zentralisiert in einer Stelle; die räumlich Ausstattung wird optimiert und das Dienstleistungsangebot zeitlich erweitert		**ämterübergreifendes Raum- und Personalkonzept und bauliche Veränderungen der Eingangsbereiche HdR und Anbau zur Bündelung der bisherigen Anlaufstellen für Bürgerinnen/Bürger mit barrierefreien Zugängen**	Anzahl der teilnehmenden leistungsvergebenden Stellen (St); Kostendeckungsgrad (%)	Ausg.Konsu Ausg.Inves	SF	ja	31.12.2018	nein	
17.	Bürger*innen / Investoren mit Bauabsicht	Erreichbarkeit der brem. Verwaltung über verschiedene Kanäle	Anzahl der Seitenaufrufe			**Neuentwicklung des Bauleitplaninforma-tionssystems**		Ausg.Konsu	SUBV	nein		nein	
18.	Bürger*innen / Investoren mit Bauabsicht	Verbesserter Bürgerservice				**Umstellung der Anwendungen zum Betrieb der Bauleitplanauskunft**		Ausg.Konsu	SUBV	nein		nein	
19.	Bürger*innen	Bürger*innen erhalten Dienstleistungen aus einer Hand		Dienstleistungen werden an einem zentralen Ort angeboten	Anzahl bearbeitete Anliegen	**Einrichtung des ServiceCenterBau Nord**	Anzahl Ansprechpersonen vor Ort	Ausg.Inves	SUBV	nein		nein	
20.	Bürger*innen	Gesundheit in der Stadt	weniger als X Meldungen von Legionellenaus-brüchen	Durchführung risikoorientierter Kontrolluntersuchungen	Anzahl Kontrollen	**Aufstockung von Personal für Kontrolluntersuchun-gen auf Legionellen**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SGWV	nein		nein	
21.	Bürger*innen	Gesundheit in der Stadt		Katasterführung von Anlagen, Monitoring-Checks		**Aufstockung von Personal in der Gewerbeaufsicht**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SGWV	nein		nein	
22.	Bürger*innen	Stärkung Verbraucherschutz/-information		erhöhte öffentliche Präsenz		**Aufstockung Personal im Bereich Verbraucherschutz**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SGWV	nein		nein	
23.	Bürger*innen	Stärkung Verbraucherschutz/-information				**Durchführung von Projekten in Quartieren, Schulen und KiTAs**	Anzahl durchgeführter Projekte	konsumtiv	SWGV	nein		nein	
24.	Bürger*innen / Investoren mit Bauabsicht	Verbesserung des persönlichen Bürgerservice-Kanals		Abdeckung der Öffnungszeiten und Ausweitung der Services im SCB	Anzahl bearbeitete Anliegen	**Aufstockung Personal SCB**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SUBV	nein		nein	
25.	Bürger*innen					**Aufstockung der Sicherheitskräfte beim AG Bremen**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SJV	nein		nein	
26.	gestrichen												

Lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	ttelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Zielerreichung	Liegt vor?	Wirtschaftlich?
27.	Quartiersmanagerinnen und -manager und Bürgerinnen und Bürger	Entwicklung von Konzepten zum Verbraucherschutz vor Ort in den Quartieren als niedrigschwelliges Angebot	Anzahl der Beratungsangebote in den Quartieren	Beratungsangebote zur Stärkung der Alltagstauglichkeit (z.B. in den Bereichen Handy-Kosten, Ernährung, Nebenkosten)	Anzahl der Beratungen	**Verbesserung der Quartiersinfrastruktur durch ein regelmäßiges Beratungsangebot**	Anzahl der Beratungsangebote in den Quartieren	Ausg.Pers.	SWGV	ja	Realisierbarkeit ab 1.1.2018	nein	
28.	Anerkannte Asylsuchende	Zügige Durchführung der Berufsanerkennung für Gesundheitsfachberufe zur schnellen Aufnahme einer Berufstätigkeit in Bremen	Fallzahl	Prüfung der Anerkennung der ausländischen Berufs- und Qualifikationsnachweise	Fallzahl	**Beschleunigung des Antragsverfahrens einschließlich Bescheiderteilung durch Erhöhung der Anzahl qualifizierter Sachbearbeiterinnen / Sachbearbeiter**	Reduzierung der Bearbeitungsdauer	Ausg.Pers.	SWGV	ja	Realisierbarkeit ab 1.1.2018	nein	
29.	Auszubildende Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie	Nachwuchssicherung für die Therapieberufe im Gesundheitsbereich		Schulgeldfreiheit für die Erstausbildung Gesundheitsfachberufe		**Bezuschussung Erstausbildungen Gesundheitsfach-berufe**		Ausg.Konsu	SGWV	nein		nein	
30.	Fachkräfte Gesundheitswirt-schaft	fachgerechte und praxisorientierte Ausbildung				**Investitionen in Ausbildungsstätten für Berufe in der Gesundheitswirtschaft**		Ausg.Konsu	SGWV	nein		nein	
31.	Junge Menschen	Entkrimininalisierung und Vermeidung von Drogenmissbrauch		Programme zur Prävention und Aufklärung		**Modellversuch zur kontrollierten Abgabe und medizinischen Nutzung von Cannabis**		Ausg.Pers. ---------- Ausg.Konsu	SGWV	nein		nein	
32.	Schüler*innen u.a.	Stärkung der Gesundheitskompe-tenz in ausgewählten Quartieren		gesundheitlichen Förderung und Prävention vor Ort		**z.B. Einführung einer sog. Schulkranken-schwester**		Ausg.Konsu	SWGV	nein		nein	
33.	Bürger*innen	Sicherstellung Gesundheitsversor-gung		Aufbau der Fachaufsicht der GeNo aus dem GeNo-Überhang		**Erhöhung Beschäftigungsziel-zahlen in sen. Dienststelle**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SWGV	nein		nein	
34.		Verbesserung des gesundheitl. Verbraucherschutzes		ausreichende Anzahl an amtlichen Lebensmittel-untersuchungen		**Aufstockung des Budgets bei LMTVet für amtliche Proben-untersuchungen**		Ausg.Konsu	SWGV	nein		nein	
35.		Lebensqualität + gesunde Umwelt		Überwachung und Kontrolle der Anlagen		**Aufstockung Personal bei Gewerbeaufsicht**	Anzahl VZÄ-Zuwachs	Ausg.Pers.	SWGV	nein		nein	
36.	verlagert in das Handlungsfeld Digitale Verwaltung												
37.	Bürgerinnen und Bürger Gewerbetreibende	Sicherstellung der Erlaubnisverfahren für erlaubnispflichtige und überwachungsbedürftige Gewerbetriebe (z.B. Spielhallen, Bewachungs-unternehmen und Gaststätten); Schutz der Allgemeinheit und der korrekt arbeitenden, zuverlässigen Gewerbetreibenden vor unlauterer Konkurrenz	Sicherstellung der Bearbeitung der Verfahren, einschl. der eingehenden Erkenntnismitteilungen, u.a der Strafverfolgungsbehörden	Erreichung der beschriebenen Wirkungen		**personelle Verstärkung der Abteilung 5 Gewerbe- und Marktangelegenheiten**		Ausg.Pers.	SWAH				

Lfd. Nr.	Zielgruppe	Ergebnisse / Wirkungen *Was soll bewirkt werden?*		Programme / Produkte *Was wird angeboten?*		Organisation/Prozesse *Wie erfolgt die Umsetzung?*		Ressourcen	durch-führendes Ressort	Zeitplan		WU-Übersicht	
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	ttelbedarf (in T Einnahme-/ Ausgabeart		Liegt vor?	Zeitpunkt Zielerreichung	Liegt vor?	Wirtschaftlich?
38.	Bürgerinnen und Bürger, Prostituierte, Gewerbetreibende	Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung nach den Vorgaben des zum 01.07.2017 in Kraft tretenden Prostitutionsschutzgesetzes	Anzahl der Anmeldeverfahren, der zu bearbeitenden Verfahren und eingehenden Erkenntnismitteilungen	Erreichung der beschriebenen Wirkungen		**Sicherstellung der neuen Aufgaben nach dem zum 01.07.2017 in Kraft tretenden Prostitutionsschutzgesetz durch den hierfür erforderlichen Personaleinsatz**		Ausg.Pers. Ausg.Konsu	SWAH				
39	Bürgerinnen und Bürger mit Bedarf auf humanitäre medizinische Hilfe/Versorgung	a) Sicherstellung der medizinische Grundversorgung im Zuge der humanitären Hilfe b) Grundversorgung von Schwangeren ohne Krankenversicherungsanspruch	a) und b): Anzahl der versorgten Personen	medizinische Sprechstunde	Anzahl der versorgten Personen	**Sicherstellung einer regelmäßigen Sprechstunde mindestens 2x wöchentlich**	Anzahl der versorgten Personen	Ausg.Pers. Ausg.Konsu	SWGV GA SWGV GA	nein nein		nein nein	
40.						**Stadtamt Abbau Finanzierung zugewiesene Kräfte zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen**			SI Nachfolger Stadtamt				

Terminplan Haushaltsaufstellung 2018/2019

(Stand: 20.06.2017)

ANLAGE 4

Vorgang	Planung		Arbeits-tage	Beteiligte
	Anfang	Ende		
Haushaltsvorentwurf und Finanzplanung				
Haushaltsklausur - 2-tägige StR-Sondersitzung	12./13.06.2017			StR
Haushaltsklausur - 1 1/2-tägige Senats-Arbeitssitzung	17./18.06.2017			Senat
Sitzung des Senats (Ergebnisse der Arbeitssitzung)	20.06.2017			Senat
Sommerferien	*22.06.2017*	*02.08.2017*		
Rückmeldung der Veränderungsnotwendigkeiten bei den Haushaltsvoranschlägen		23.06.2017		Ressorts
Rückmeldung erforderlicher Änderungen im Produktgruppenhaushalt		30.06.2017		Ressorts
Einpflegen der Beschlüsse in den kameralen und Produktgruppenhaushalt (ggf. einschl. der Planungsjahre 2020 - 2021)	26.06.2017	07.07.2017	10	21, 22, 25, 32
Versendung der Unterlagen an die Fachdeputationen/-ausschüsse	10.07.2017	28.07.2017	15	Ressorts
Fachdeputations-/Fachausschussbefassung (überwiegend Sondersitzungen notwendig)	31.07.2017	09.08.2017	8	Ressorts
Sitzung des Senats (Ergebnisse der Fachdeputationen/-ausschüsse sowie Restanten)	**22.08.2017**			Senat
Haushaltsentwurf				
Erstellung Vorlagenentwurf "Mitteilung des Senats zur Weiterleitung ...."	ab 23.08.2017			21;32
Zusammenstellung des Produktgruppenhaushalts, der kameralen Haushalte, der maßnahmebez. Investitionspläne, der Stellenpläne und der Wirtschaftspläne einschl. Gesamtplan; technische Aufbereitung	23.08.2017	29.08.2017	5	21;25;32
Drucken der Haushaltsbände; Erstellung der CD-ROM (ggf. USB-Stick); abschließende Arbeiten	30.08.2017	11.09.2017	9	21; Hausdruckerei
Sitzung Senat: Vorlage "Mitteilung des Senats zur Weiterleitung der Haushaltsgesetze und Haushaltspläne 2018/2019 sowie der Finanzplanung 2017-2021 an die Bürgerschaft"	**12.09.2017**			Senat

nachrichtlich:

Sitzungen der Bürgerschaft	**19.09.2017**	**21.09.2017**	Bürgerschaft
Sitzungen der Bürgerschaft	**07.11.2017**	**09.11.2017**	Bürgerschaft
Sitzungen der Bürgerschaft	**05.12.2017**	**07.12.2017**	Bürgerschaft